

Schuldnerberatung: Stadt Menden drückte sich um die Beiträge

„Peinlich“ nennt das die Politik: Obwohl AWO und Caritas ihren Bürgern weiter halfen, gab die Stadt Menden jahrelang keinen Cent dafür.

Thomas Hagemann

Menden/Iserlohn. Wer in finanzielle Not gerät, braucht häufig ganz dringend eine kompetente Schuldnerberatung, um nicht gänzlich abzurutschen.

Deshalb sind Städte verpflichtet, dieses Angebot bereitzuhalten. Doch die Stadt Menden hat jahrelang von der Schuldner- und Insolvenzberatung von Arbeiterwohlfahrt (AWO) und Caritas im Nordkreis profitiert, ohne selbst einen Cent an die Hilfsverbände zu überweisen. Nun nimmt die Stadt doch wieder Geld in die Hand: Einmalig 25.000 Euro hat der städtische Ausschuss für Soziale Teilhabe zur

Unterstützung beider Angebote mit großer Mehrheit freigegeben. Das Geld stammt aus dem Sozialfonds der Stadt.

Zugleich fordern Mendens Sozialpolitiker aber, dass in Zukunft der Märkische Kreis die Förderung der Angebote koordinieren und übernehmen soll. Nur dadurch sei gewährleistet, dass die Förderkosten wirklich fair auf alle beteiligten Kommunen aufgeteilt werden. „Das Geld“, schwant Robin Kroll (CDU), „holt sich der Kreis über die Umlage ohnehin von uns zurück.“

Klaus Ebbecke (Die Grünen) ist es nach eigenem Bekunden „unangenehm und peinlich, dass sich Menden irgendwann klammheim-

lich aus der Finanzierung dieser wichtigen Angebote verabschiedet hat“. Insofern habe die Freigabe der Gelder „jetzt auch eine moralische

Komponente“. Die Union will laut Robin Kroll ihrerseits „die unwürdige Sonderrolle Mendens“ in dieser Angelegenheit beendet sehen: „Wir

bedauern diese Trittbrettfahrerei ausdrücklich.“ 95 Insolvenz- und 77 Schuldnerberatungen für Menden hat allein die AWO im letzten Jahr durchgeführt. Den Betroffenen bieten diese Gespräche nicht selten die Basis für ihre Rückkehr in geregelte finanzielle Verhältnisse.

Die Debatte im Sozialausschuss brachte indes auch die Tatsache ans Licht, dass nur die Schuldnerberatung eine Pflichtaufgabe der Kommunen ist.

Angebote zu Insolvenzen sind hingegen eine freiwillige Angelegenheit. Warum das so ist, will Klaus Ebbecke als Sozialpolitiker jetzt von der Stadtverwaltung wissen.